

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Teleq.-Adr.: Zeitung



und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .:

verantwortlich: Guao Munzer, Spangenberg

Donnerstag den 6. März 1930.

23. Jahrgang.

Neue Vorschläge Moldenhauers.

ein schreckliches Bild der Verwüstung.

Das Notopfer sollen gelassen. — Autonomie der Arbeitslosenversicherung.

von einem unserer Besten Vertreter wird und gebietet: Der Vorschlag weichen kann, eine Schöpfung der Weisheit zur Arbeitslosenverhütung vorzunehmen, der als rettendes Kompromiß begrüßt wird, hat in seinen Grundzügen schon einmal zur Debatte gestanden, ist damals aber von den Sozialdemokraten abgelehnt worden. Das will allerdings im letzten Augenblick nicht mehr viel besagen, denn in den letzten Tagen der Sozialdemokratie ist man in den letzten Anfeindungen merklich weichen geworden. Es hat den Anschein, als sei sie bereit, das Beste hinzugeben, um der kranken Koalition wieder aufzuhelfen. Das **Volksrecht** liegt in der Verleugnung. Ebenso der demokratische Vermittlungsvorschlag. Man hat die Forderung wissenschaftlich einer direkten Steuer gestrichen und eine Deduktion vorgeschlagen, die neue Steuermittel nicht erforderlich macht.

Im einzelnen schlägt Dr. Moldenhauer vor: Autonomie der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Das Präsidium soll dann gleich eine Erhöhung der Beiträge um $\frac{1}{2}$ Prozent beschließen, wodurch 70 Millionen RM. einkommen werden. Dann fehlen noch 30 Millionen RM. Diese sollen aus dem Referendums- der Industriobligationen genommen werden. Es ist anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei wenigstens dem ersten Teil des Moldenhauerschen Vorschlages ihre Zustimmung geben wird. Fraglich ist ihre Stellungnahme in Bezug auf den Zugriff in den Referendumsfonds. Das Zentrum und die Sozialdemokraten erblicken darin eine Gegenleistung an die Industrie, die mit Rücksicht auf ihre nachgiebige Haltung in anderen Punkten nur gerecht wäre. Wie sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei dazu stellen wird, muß man abwarten. Voransätze lassen sich gar nicht machen.

Die „Germania“ aus deren bisherigem Stillschweigen schon der Schluss gezogen wurde, daß das Zentrum eventuell zur Nachgiebigkeit bereit sei, erklärt, daß die Vorgänge der letzten 14 Tage das Zentrum nur in seiner Überzeugung bestärkt haben, daß ein Verzicht auf die Klärung und Erleuchtung der alleis-

dringlichsten finanziellen Maßnahmen das Vieh nach der Verabschiedung des Vompplanes einer politischen und finanziellen Krise aussetzen würde, von der wir zwar den Anfang, aber nicht das Ende kennen. So viel Wochen die Varieten nicht zu einer Einigung über die Finanzfragen benötigen, so viel Monate würden es sein, wenn die Frage etwa erst nach der Annahme des Vompplanes geklärt werden sollte. Auch das „Versäumnisblatt“ das Sprachrohr der Demokraten, das das Vorgehen des Zentrums ursprünglich auf das höchste bekämpft hatte, ist jetzt plötzlich mit dem Zentrum vollkommen einig. Wenn der Druck, so schreibt das Blatt, der von der Notwendigkeit einer schleunigen Rationalisierung des Vompplanes ausgeht, erst einmal von den Varieten genommen sein würde, so wäre es aller Voraussicht nach ungleich schwieriger als heute, zu einer finanziellen Einigung zu kommen. Dieser Druck muß jetzt ausgenutzt werden.

Die Verhandlungen hinter den Kulissen.

So zu den Mitteilungen des Reichskabinetts, die noch zu seinem endgültigen Ergebnis führen und am Mittwoch Vormittag fortgesetzt wurden, verlautet, daß man hinter den Kautelen zu einem irgendwie gearteten Kompromiß zu gelangen sucht. Bei den Sozialdemokraten herrscht die Überzeugung vor, daß der Youngplan sofort verabschiedet werden mußte, während das Zentrum ansehend die zweite Fassung, die am Donnerstag im Reichstag stattfinden soll, noch einmal um acht Tage verschoben möchte. Diese Absicht wird, wie wir erfahren, von den Sozialdemokraten, den Demokraten und auch von der Deutschen Volkspartei entschieden abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei wird sich einem Verzicht auf stimmen, durch den die Wirtschaftskraft für die Arbeitslosenvericherung vermindert werden möchte. Am Mittwoch wird das Zentrum darüber zu entscheiden haben, ob es noch weiter die Verabschiedung des Youngplans verzögern will oder nicht. Bei den Verhandlungen hinter den Kulissen wird darauf hingewiesen, daß das Finanzprogramm des Reichsausschusses eine außerordentlich hohe Mehrbetrachtung an die Länder vorstelt, die auf den Druck der Länder zurückzuführen sei, besonders auf einen solchen von Bayern.

ergründete Verlesungen an den Händen und Armut davongetragen hat, zu verhindern. Die Polizei der ganzen Gegend nahm sofort energisch die Suche nach dem Täter auf. Militair umzingelte die Wälder, doch gelang es vorerst nicht, zu einem Ergebniß zu kommen. Schliesslich lenkte sich im Lauf der zweitägigen Untersuchung der Verdacht auf den 34jährigen Handelsreisenden Jan Hoet aus Ede bei Antwerpen, der bereits vor sechs Jahren ein schweres Stuhlfeßelverbrechen begangen hat. Hoet war auch am Mordtag und dem darauffolgenden Tag nicht zu Hause. Auf seinem Hofe fand man alle er zu Hause verhaftet wurde, auch Blutspuren. Bei der Gegenüberstellung mit dem verlegten Fräulein Doornwinkel erkannte diese ihn sofort wieder. Als sie dem Mörder gegenübersah wurde viel lei sofort aus: „Das ist er!“ Trotzdem konnte Hoet aufs hartnäckigste,

Verfehrt aus der Kanone geschossen.

Schwerer Unfall im Zirkus Gleich.
Der im Zirkus Gleich in Florenz gastierende deutsche Artist Karl Doppelmann, dessen Trid darin besteht, sich aus einem Kanonenrohr herauszuschießen zu lassen, erlitt bei einer Nachmittagsvorstellung einen schweren Unfall. Nach seiner Landung in dem ausgetragenen Netz stellte man fest, daß er eine schwere Verletzung der Wirbelsäule erlitten hatte.

Der Zutritt für den 6. März.

Note Frontkämpfer in den Strassen Berlins.
— Obwohl der Note Frontkämpferbund verboten ist, erwidern Dienstag abends, 4. März, vorabend der großen kommunistischen Demonstrationen, in mehreren Straßen Berlins stärkere Trupps von Note Frontkämpfern in voller Uniform, so im Wedding, im Centrum und in Prenzlau. Zweifellos ist das nicht ohne Absicht geschehen, sondern es bildet wohl eine Demonstration, die der Arbeiterkluft für den 6. März Mut machen sollte. Die 50 Berliner Funktionäre, die vor kurzem in einem Flugblatt gegen die Politik der Zentralleitung der kommunistischen Partei anlässlich der Demonstrationen in Berlin, 2. März, geschrieben sind, warnen jetzt die Arbeiterkluft vor der Beteiligung an den Demonstrationen am 6. März. Sie bezeichnen das Verhalten der Zentralleitung als gefährliches und fügen einen großen Vorwurf hinzu. Voran: Von den kommunistischen Führern wird mitgeteilt, daß Oberst Heymannsberger, der das Kommando der Berliner Schutzpolizei am 4. Mai v. d. hatte, am Dienstag seinen Posten wieder übernommen hat und die politischen Schutzmaßnahmen am 6. März leiten wird.

Am 6. März beabsichtigen die Kommunisten in Berlin große Demonstrationen gegen die Arbeitslosigkeit und hoffen, die Unzufriedenheit, die in den letzten Wochen der Arbeitslosigkeit herrscht, zu einer revolutionären Verarbeitung ausnützen zu können. Es besteht zwar ein vollkommenes Verbot, die Arbeiter zu versammeln, und die Arbeiterparteien sind verpflichtet, die Versammlungen zu verhindern. Das Verbot des Karl Liebknecht-Bundes räumt der kommunistischen Zentrale geheimer Verhandlungen hervor, das dieses Verbot durch Annahmen in verschiedenen Betrieben, bei den Arbeit-

losen-Nachrichten und gleichzeitig in mehreren Stad-
ten durchgehenden werden soll. Dadurch hofft man, die
Polizei am ärgsten Punkt und vor die Unmöglichkeit zu
stellen, alle Ansammlungen zu zerstreuen. Einzelne
Proben dieser Taktik haben die Kommunisten schon in
den letzten Wochen geliefert, wobei es allerdings der
Polizei verhältnismäßig leicht wurde, sich der Situation
zu stellen. Da man aber die Aufmerksamkeit
unverzüglich auf eine der Kommunisten ziemlich gut
unterrichtet sei, wird dies zweifellos auch
am 6. März gelingen.

Neagenbeimahlungszwang.

Zur Besserung der außerordentlich unbefriedigenden Verhältnisse auf dem Roggenmarkt sind befanntlich eine Fülle von Anregungen und Vorschläge gemacht worden. Einer dieser Vorschläge besteht darin, daß die Herstellung und der Vertrieb von einem Weizen nicht verbotenen und ein Verbotungszwang von 60 Prozent Roggen zum Weizen angeordnet werden soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung dieses Vorschlages einen sehr erheblichen Mehreverbrauch von Roggen zur menschlichen Ernährung und eine wesentliche Einschränkung der Weizen einsuhr zur Folge haben würde. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird dieser Vorschlag zur Zeit im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seine Durchführbarkeit geprüft. Es scheint allerdings, als ob die Einführung eines Verbotungszwanges in der genannten Höhe verschiedenen Bedenken unterliegt. Andererseits wird nicht verkannt werden dürfen, daß eine fiskaläre Besserung des Roggenabzages nur von durchgreifenden Maßnahmen erwartet werden kann, die eine vermehrte Verwendung des Roggens zur menschlichen Ernährung sicherstellen.

England und der Zollfrieden.

Konservatives Wilttranznsvolum gegen die Regierung.
 Aus London wird gemeldet: In einem konservativen Wilttranznsantrag wird Klage geführt über den Niedergang des Handels und die Zunahme der Arbeitslosigkeit die Folgen der gegenwärtigen Regierungspolitik. Ferner sprechen die Konservativen ihr Bedauern darüber aus, daß die Regierung es nicht mehr ablehnt, die Schutzölle oder die Nahrungsölle auszuweiten, sondern sich sogar weinert, ihre Abfinden hinsichtlich der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Schutzölle und der Maß Nahrungölle sowie der Ölle aus Zucker, Seide und die Schiffindustrie mitzutheilen, wodurch die Unsicherheit und das Elend vermehrt würde. In der Ansprache über diesen Antrag erklärte der frühere Schatzkanzler Horne: Für alle praktischen Vorschläge bedeute der Plan eines vollständigen Stillstands den Tod. Auch Chamberlain soll ebenfalls, daß die Bestimmungen des geplanten Wilttranznsantrags keine Verabreichung der bestehenden Ölle herbeiführen würden.

Ein Wüstling mordet eine Krankenpflegerin.

Eine schreckliche That! wurde dieser Tage in einem von Spaziergängerinnen stark besuchten Wald nahe bei Beimenhofen (Holland) verübt. Zwei Krankenpflegerinnen im Alter von 20 bis 30 Jahren wurden in einer Laubenschicht durch einen Mann mit unstillbarem Mordbedürfnis zu Tode erschossen. Als die Mädchen zu fliehen versuchten, zwang er sie unter Drohungen, sich am Rande der Schornung niederzulassen. Als er dann eines der Mädchen zu vergewaltigen versuchte, griff das andere Mädchen den Missethäter an, der nun mit einem Dolchmesser auf das angreifende Mädchen einschlug. Weiter kam er dann aber auch auf sein am Boden liegendes Opfer, eine Christine Kopperberg aus Arnhem, ein. Als er andere Mädchen dies sah, floh es, um Hilfe zu holen. Als die Polizei am Tatort einzog, entdeckte sie keine Blutspur, die, als man ihr nachging, zur Verleumdung Kopperbergs führte. Die Ermordete war als Krankenpflegerin im Hospital in Belp tätig und hatte ihren freien Tag benutzt, um ihre Freundin Boerwinkel die

Spangenberg, den 6. März 1930.



